

Pflichtlektüre für das Hauptseminar im Wintersemester 2007/08

a) *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hg.): Lateinamerika – eine Region der Zukunft, in: Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007, Berlin 2006, S. 23-30*

b) *Europäische Kommission: Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika, Brüssel, Dezember 2005 (http://ec.europa.eu/external_relations/la/doc/com05_636_de.pdf).*

Am 7. Juli stellte ich fest, dass dieser Link nicht mehr funktioniert; deshalb habe ich diese PDF-Datei hier direkt angehängt.

Lateinamerika – eine Region der Zukunft **Der innergesellschaftliche und politische Dialog als Voraussetzung für stabile Mehrheiten und aktives Mitgestalten**

Lange Zeit war Lateinamerika für die meisten Beobachter die Entwicklungsländerregion, in der eine nachholende Entwicklung am leichtesten und schnellsten möglich schien und die daher am raschesten zu den Industrieländern aufschließen würde. Die Militärdiktaturen und schweren Menschenrechtsverletzungen der 60er und 70er Jahre, aber auch die insgesamt mangelhafte wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts trübten dieses Bild erheblich. Das Ende des Ost-West-Konfliktes führte dazu, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für Lateinamerika nachließ. Die jüngeren Entwicklungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft begründen mittlerweile ein neues und wachsendes Interesse an der Region:

- **Keine andere Entwicklungsländerregion wird so demokratisch regiert wie Lateinamerika.** Die Governance-Indikatoren der Weltbank und anderer belegen, dass die Regierungssysteme Lateinamerikas im internationalen Vergleich relativ effizient und leistungsfähig sind. Dass dies noch nicht ausreicht, zeigt das vielerorten niedrige Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Zwar konnte ein gewisses Maß an individuellen Freiheiten garantiert werden, wenig Fortschritte gab es aber z. B. in der Rechtsprechung und im Kampf gegen die allgegenwärtige Korruption. In vielen Gesellschaften – vor allem in den Andenländern – gibt es derzeit schwierige politische Umbrüche. Die traditionellen Eliten werden zum Teil radikal hinterfragt. Ob dies Anstoß sein kann, den Wandel zu größerer sozialer Verantwortung einzuleiten und zu vollziehen, ist derzeit noch offen. Die angestrebten Reformen bedürfen der Schaffung stabiler Mehrheiten. Dies kann nur durch einen intensiven innergesellschaftlichen und politischen Dialog erreicht werden.

- **Lateinamerika ist ein zunehmend aktiver und gewichtiger Partner bei der Mitgestaltung globaler Regeln und Institutionen.** Regelwerke wie das der Welthandelsorganisation (WTO), die Klimarahmenkonvention und die Biodiversitätskonvention werden von einigen lateinamerikanischen Ländern mittlerweile aktiv mitgestaltet. Ähnlich wie der Europäischen Union (EU) ist Lateinamerika auch am Ausbau und an der Verbesserung der VN und anderer multilateraler Institutionen gelegen. Brasilien zum Beispiel ist eine treibende Kraft in der so genannten Lula-Gruppe, die sich die Entwicklung und Umsetzung von innovativen Finanzierungsinstrumenten zum Ziel gesetzt hat. Weitere Mitglieder sind Algerien, Chile, Deutschland, Frankreich und Spanien.
 - **Während bislang meist die Devise galt, dass das Wirtschaftswachstum vorrangig sei, um – in einem zweiten Schritt – die Armut in Lateinamerika zu besiegen, wird mittlerweile zunehmend erkannt, dass die direkte Beseitigung von Armut und sozialer Ungleichheit unaufschiebbar ist und zudem noch positive Wachstumseffekte haben kann.** Die Suche nach Entwicklungsmodellen jenseits der orthodox-marktliberalen Rezepte des „Washington Consensus“ hat eingesetzt. Auch wichtige Geber wie Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank beteiligen sich daran.¹ Denn Lateinamerika ist nach wie vor die Weltregion mit den größten Einkommensunterschieden. In den letzten 15 Jahren waren die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung – Chile ist die einzige Ausnahme – gering. Rund 41 Prozent der Lateinamerikanerinnen und Lateinamerikaner, das sind 213 Millionen Menschen, leben auch heute noch in Armut (1990: 48 Prozent), knapp die Hälfte davon in extremer Armut. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betreffen mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Politik und Gesellschaft haben begonnen, auf diese Problemlagen zu reagieren: Seit 1990 sind die sozialen Ausgaben pro Kopf um 40 Prozent gestiegen. Auch innerhalb der Zivilgesellschaft tut sich viel: Bürgerrechte, soziale und kulturelle Rechte werden von benachteiligten Gruppen wie beispielsweise den Indigenen immer stärker eingefordert und vom Staat gewährleistet. Eine umfassende Verbesserung ist allerdings noch nicht greifbar: Bei Fortschreibung der bisherigen Trends wäre davon auszugehen, dass die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 in den Bereichen Grundbildung, Gender und Kindersterblichkeit erreicht werden können. Die mit dem ersten Millenniums-Entwicklungsziel angestrebte Halbierung der absoluten Armut aber würde verfehlt werden, ebenso die Senkung der Müttersterblichkeit und eine erfolgreichere HIV/AIDS-Bekämpfung. Vorrangiges Ziel muss es daher bleiben, die wirtschaftliche, soziale und politische Ausgrenzung weiter Bevölkerungsteile zu beenden. Diese Ausgrenzung ist die Wurzel eines weiteren zentralen Entwicklungsproblems: der wachsenden Gewalt.
-

1 Weltbank 2006. Poverty Reduction and Growth: Virtuous and Vicious Circles, Washington. IDB 2005: The Politics of Policies. Economic and Social Progress in Latin America., Washington.

Beispiel: Grundbildung in Honduras – Deutsche Beteiligung an der Initiative „Education for all“

Auf dem Weltbildungsforum in Dakar/Senegal im April 2000 verabschiedeten 164 Staaten den Aktionsplan „Bildung für alle“ (*Education for all*, EFA). Ein Jahr später beschloss man in Amsterdam einen Plan für die beschleunigte Umsetzung der Grundbildungsziele in solchen Ländern, die die beste Voraussetzung dafür bieten („Fast Track Initiative“). Honduras wurde in diese Initiative aufgenommen, da die Regierung einen konkreten Bildungsplan vorlegen konnte. Hauptprobleme in Honduras sind die schlechte Qualität und allgemeine Ineffizienz des Schulsystems. So werden zwar 90 Prozent aller Kinder eingeschult, aber nur 69 Prozent schließen die Grundschule ab. Weniger als die Hälfte von ihnen schafft dies in der vorgesehenen Zeit.

Gemeinsam mit anderen Gebern zahlt Deutschland in einen Korb ein, der dem honduranischen Erziehungsministerium ermöglichen soll, das Grundbildungssystem insgesamt zu stärken. Der deutsche Beitrag beläuft sich auf 14 Mio. Euro für die Jahre 2005 bis 2008. Die Technische Zusammenarbeit unterstützt das Erziehungsministerium zusätzlich bei der Umsetzung seiner Reformpläne (Umfang: 3 Mio. Euro für den Zeitraum 2004 bis 2007).

- **Lateinamerika hat wirtschaftliche Dynamik zurückgewonnen.** Nach fünf Jahren der Stagnation hat sich die lateinamerikanische Wirtschaft 2004 und 2005 mit Wachstumsraten von über 4 Prozent pro Jahr erholt. Der Anstieg vieler Rohstoffpreise wirkte sich auf viele der nach wie vor stark von Rohstoffexporten abhängigen Länder positiv aus. Wichtig, aber stark schwankend sind die ausländischen Direktinvestitionen, die 2004 rund 45 Mrd. US-Dollar betragen. Dieselbe Größenordnung haben die stabileren und weiter wachsenden Rücküberweisungen (remittances) von Millionen lateinamerikanischer Migranten in ihre Heimatländer erreicht – immerhin 2,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Region. Das relative Gewicht der Entwicklungszusammenarbeit hingegen ist kleiner geworden. Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) macht heute 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, das ist nur ein Drittel des Durchschnitts aller Entwicklungsländer. In den meisten der ärmeren Länder bleibt die Bedeutung der ODA allerdings hoch.

- **Wald- und Ressourcenvernichtung in Lateinamerika schreiten unvermindert voran.** 2004/5 wurden allein 26.000 Quadratkilometer brasilianischen Amazonas-Regenwaldes vernichtet. **Das Umweltbewusstsein in der tropenwald- und biodiversitätsreichsten Region der Erde wächst jedoch langsam und verbessert so zumindest mittelfristig die Voraussetzungen für nachhaltigeren Umweltschutz.** Auch die Bedeutung der enormen Trinkwasserressourcen des Amazonas und des Paranábeckens wird zunehmend erkannt. Vor dem Hintergrund des Ölpreisanstiegs ist außerdem das Interesse an erneuerbaren Energieträgern sprunghaft angestiegen.

Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika

Diese Entwicklungen sind zusammen mit den positiven Erfahrungen einer langen und intensiven Zusammenarbeit sowohl im wirtschaftlichen wie auch im entwicklungspolitischen Bereich² ein Anlass, um den Dialog und die Zusammenarbeit mit Lateinamerika zu vertiefen. Für die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit werden dabei folgende Themen vorrangig sein:

Erstens wollen wir Lateinamerika dabei unterstützen, die Demokratie weiter zu konsolidieren und die soziale Kluft zu überwinden. Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit ist entsprechend die Unterstützung der „guten Regierungsführung“ (good governance). Dazu gehören Themen wie die Stärkung des Sozial- und Rechtsstaates, die Partizipation der bislang ausgeschlossenen Gruppen (z. B. Indigene), eine transparente Haushaltsführung und sozial ausgewogene Steuersysteme sowie bürgernehe Dienstleistungen in Bereichen wie Trinkwasser und Bildung.

Beispiel: Transparente Kommunen in Bolivien

Die 1994 eingeführte kommunale Selbstverwaltung der 327 Gemeinden Boliviens wird 12 Jahre nach der Einführung insgesamt als ein Erfolg bewertet. Zu

² Die deutsche Finanzielle und Technische Zusammenarbeit in Lateinamerika schneiden in den Evaluierungsberichten und Querschnittsanalysen überdurchschnittlich gut ab: Rund 70 Prozent aller Projekte werden als „erfolgreich“ eingestuft.

Beginn des Vorhabens war befürchtet worden, dass unklare kommunale Verantwortlichkeiten, eine mangelhafte Buchführung und die begrenzte Fähigkeit Investitionsprojekte durchzuführen keine ausreichende Startbasis bieten würden. In der Zusammenarbeit mit den Kommunen konnte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit jedoch für Verbesserung sorgen. Gemeinsam mit anderen Gebern wurde ein „Handbuch für transparente Amtsübergabe“ entwickelt und in der Fortbildung von Bürgermeistern und kommunalen Angestellten eingesetzt. Auch wurde die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, die Arbeit von Bürgermeister und Stadtverwaltung kritisch zu begleiten, gestärkt. Über den landesweiten sozialen Investitions- und Entwicklungsfonds wurden überdies finanzielle Ressourcen und technisches Wissen für Investitionsvorhaben bereitgestellt sowie Normen und Verfahren für eine transparente Projektdurchführung eingeführt. Die deutsche Unterstützung hat zudem dazu geführt, dass die Eigeneinnahmen der Gemeinden durch effizientere Steuerverwaltungen um 50 Prozent in einigen Gemeinden gar um 100 Prozent gestiegen sind. All dies hat dazu beigetragen, dass das Ansehen der kommunalen Politik gewachsen ist. Eine Umfrage der nationalen Wahlbehörde ergab, dass rund 34 Prozent der Bolivianerinnen und Bolivianer den kommunalen Behörden vertrauen. Nur die katholische Kirche genießt mit 66 Prozent eine höhere Wertschätzung. Der nationalen Regierung vertrauen dagegen nur 10 Prozent.

Zweitens geht es darum, Lateinamerika bei der Sicherung „globaler öffentlicher Güter“ wie Tropenwald und Biodiversität zu unterstützen. Ebenso wie der Klimaschutz können diese Aufgaben nicht ausschließlich einzelnen Staaten zugemutet werden, sondern bedürfen der Mithilfe und der Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft. Schwerpunkte sind entsprechend der Schutz des Tropenwaldes v. a. im Amazonasraum und die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz.

Beispiel: Tropenwaldprogramm Brasilien – PPG7

Nachhaltiger Klimaschutz und die Sicherung der für das Überleben auf unserem Planeten notwendigen Biodiversität ist ohne Mitwirkung Brasiliens und der Einbeziehung seiner Tropenwälder undenkbar. Durch eine strategische Partnerschaft der G7-Länder wurde der politisch sensible Bereich Tropenwaldschutz in Brasilien initiiert. Für das Programm zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der tropischen Regenwälder (PPG7) hat die

lung seit 1992 rund 271 Mio. Euro (220,2 Mio. Euro Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) und 50,8 Mio. Euro Technische Zusammenarbeit (TZ)) zur Verfügung gestellt und ist damit wichtigster Geber in diesem Bereich. Die Erfahrungen des Programms sind mittlerweile in eine nachhaltige Entwicklungsstrategie für Amazonien, die wirtschaftliche Interessen mit Umweltschutzziele verknüpft, und andere nationale Umweltpolitiken eingegangen. Hervorzuheben sind hierbei die Beteiligung der Zivilgesellschaft an den politischen Entscheidungsprozessen und Umsetzungsprogrammen ebenso wie die besondere Berücksichtigung der indigenen Völker Amazoniens. Flankierend zu den bisherigen EZ-Aktivitäten wird eine Beteiligung an dem von der Weltbank finanzierten Sektoranpassungsprogramm Umwelt erfolgen. Zudem werden die Erfahrungen aus dem PPG7 derzeit über den Amazonas pakt (Sitz in Brasília) in alle Amazonas anrainerstaaten verbreitet. Die Unterstützung bei der Umsetzung internationaler Umweltkonventionen ist ein wichtiger Kooperationsbereich des Tropenwaldprogramms.

Drittens geht es darum, in Lateinamerika auch in anderen Bereichen einen konstruktiven und verlässlichen Partner für die Mitgestaltung globaler Strukturpolitik zu haben. Wir gehen dabei unter anderem auf das Interesse einiger Partnerländer, insbesondere der großen Ankerländer in der Region (Brasilien, Mexiko) ein, Unterstützung beim Aufbau eigener Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit mit Drittländern zu bekommen. Eine engere Zusammenarbeit bei der internationalen Handelspolitik und eine Förderung subregionaler wirtschaftlicher Integration gehören ebenso dazu.

Nicht minder wichtig als die Themen ist jedoch die Art und Weise, in der die entwicklungspolitische Zusammenarbeit stattfinden soll, die „*modes of delivery*“: Wir können in der Zusammenarbeit mit Lateinamerika an die kulturelle Nähe und die gemeinsamen Werte anknüpfen, müssen aber auch den gewachsenen Gestaltungswillen unserer Partner, die sinkende Abhängigkeit von den Nettotransfers unserer Entwicklungszusammenarbeit sowie die größer gewordenen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern berücksichtigen. Dies eröffnet neue Möglichkeiten:

- **Der entwicklungspolitische Dialog sollte vertieft werden und mehr denn je auf Augenhöhe erfolgen.** Ein solcher Dialog hat viele Akteure – Angehörige der Exekutive ebenso wie Parlamentarier, Unternehmer ebenso wie Parteipolitiker oder Vertreter der Zivilgesellschaft. Nichtstaatliche Organisationen, politische Stiftungen, Kirchen oder ein think tank wie die UN-Wirt-

schaftsorganisation für Lateinamerika (CEPAL): Sie alle leisten wichtige und spezifische Beiträge zugunsten eines regionalen und innergesellschaftlichen Dialogs.

- **Globale Strukturpolitik kann und muss einer Region, die sich bislang zumindest teilweise als „Globalisierungsverlierer“ fühlt, neue Chancen einräumen**, z. B. im Rahmen der WTO oder der Klimapolitik. Sollten die sub-regionalen Integrationsprozesse Zentralamerikas, der Andenregion und des MERCOSUR voranschreiten, dann wäre es an der Europäischen Union, ihnen im Rahmen der mit Lateinamerika intendierten „strategischen Partnerschaft“ großzügige Angebote für Freihandel und Zusammenarbeit zu machen.

Beispiel: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Lateinamerika: Strategische Partnerschaft zwischen dem BMZ und der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IDB)

Anlässlich der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn im Juni 2004 unterzeichneten das BMZ und die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB) ein „Strategisches Partnerschaftsabkommen für Erneuerbare Energien“. Mit dieser Partnerschaft sollen die Themen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Lateinamerika und in der Karibik vorangetrieben werden.

Das BMZ fördert die Energiepartnerschaft mit derzeit 10,6 Mio. Euro. Das Projekt soll zum einen in der IDB, die in Energief ragen in der Region traditionell sehr einflussreich ist, die Relevanz des Themas deutlich machen. Zum anderen möchte die Partnerschaft in den Ländern der Region Veränderungsprozesse initiieren und Planungen und Investitionsentscheidungen unterstützen. Derzeit werden im Rahmen der Partnerschaft Projekte u. a. in folgenden Bereichen umgesetzt bzw. vorbereitet: Biotreibstoffe in Mexiko, Investitionen in Erneuerbare Energien in Chile, ländliche Elektrifizierung in Bolivien und die Umsetzung eines umfassenden Aktionsplanes für Zentralamerika.

· **Es geht um die Schaffung einer kohärenten, zwischen den Gebern und den Nehmerländern sehr eng abgestimmten Entwicklungspolitik.** Die Gebergemeinschaft hat sich 2005 in Paris im Rahmen der OECD ehrgeizige Ziele gesetzt, um effizienter und effektiver zu werden. Die so genannte Paris-Agenda zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit stärkt unsere Möglichkeiten, andere Geber im Sinne einer größeren Kohärenz in die Pflicht zu nehmen. Dies wollen wir gegenüber großen Gebern wie Weltbank, Inter-amerikanischer Entwicklungsbank und Europäischer Kommission noch stärker als bisher nutzen. Insgesamt muss aber die Kooperation aller Geber untereinander noch enger und der Einsatz gemeinsamer Instrumente (z. B. Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung) ausgebaut werden. Gemeinsam mit der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika will die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der Region für Entwicklungsansätze werben, die die markt- und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik stärker in den Dienst der Lösung der drängenden sozialen Fragen und der notwendigen demokratischen Stabilisierung stellen.

Ein demokratisch regiertes, „sozialeres“ Lateinamerika hat hervorragende Chancen, die Integration in die Weltmärkte und in die Weltpolitik kontinuierlich und erfolgreich voranzutreiben. Es ist Aufgabe der Entwicklungspolitik, die Länder in der Region auf dem Weg dorthin zu unterstützen.

4.5 Lateinamerika³⁹

Enge, historisch gewachsene Beziehungen, gemeinsame Werte und intensive wirtschaftliche Verflechtungen machen Lateinamerika zu einem wichtigen Partner für Europa und Deutschland. Entwicklungspolitische Themen wie Armutsbekämpfung und sozialer Zusammenhalt, Modernisierung und Leistungssteigerung staatlicher Institutionen oder die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen spielen in den wechselseitigen Beziehungen eine zunehmende Rolle, um den Aufgaben globaler Zukunftssicherung gerecht werden zu können. Die Region hat sich nach jahrelanger Stagnation seit 2004 wirtschaftlich etwas erholt. Auch wenn in vielen Ländern erfreuliche Fortschritte bei den Millenniums-Entwicklungszielen festgestellt werden können, müssen in vielen Ländern noch zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um die Ziele auch in Lateinamerika zu erreichen. Noch stärker als bisher müssen auch die enormen **sozialen Ungleichheiten** und Spannungen, die anhaltende Vertrauenskrise in die Demokratie, die hohe, weiter wachsende Gewaltkriminalität und die vielfach noch verbreitete Korruption angegangen werden. Das erfordert vor allem Eigenanstrengungen, aber auch gezielte Außenbeiträge.

Für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik stehen unter dem übergreifenden Ziel der **Armutsminderung** die Themen **Modernisierung von Staat und Gesellschaft** (gute Regierungsführung) und **nachhaltige Nutzung und Schutz natürlicher Ressourcen** (z. B. Tropenwald und erneuerbare Energien) im Vordergrund. In einigen Ländern der Region spielt auch die **Krisen- und Konfliktprevention** eine große, z. T. wachsende Rolle.

In den jeweiligen, mit unseren Partnern länderspezifisch vereinbarten Schwerpunkten, unterstützt die Bundesregierung eine breite Palette von Maßnahmen, zum Beispiel umfassende Strategien zur Armutsbekämpfung, Beschäftigungsförderung, Verbesserungen bei der Bereitstellung sozialer Grundleistungen,

39 s. auch Schwerpunktkapitel Lateinamerika S. 23

Unterstützung dezentraler, partizipativer Entwicklungsansätze, empowerment marginalisierter Gruppen (z. B. der Indigenen) , die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und der Kampf gegen die Korruption, umweltpolitische Beratung, Schutz gefährdeter Ökosysteme, Einführung und Verbreitung nachhaltiger Anbaumethoden in Land- und Forstwirtschaft, Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Verbesserung der Wasserver- und Entsorgung.

Deutsche nichtstaatliche Organisationen leisten in Lateinamerika einen im Vergleich zu anderen Regionen überdurchschnittlichen Beitrag, den die Bundesregierung durch staatliche Zuwendungen verstärkt und ermutigt.

Insbesondere bei lateinamerikanischen Schwellenländern bietet es sich an, über Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft zusätzliche Ressourcen zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung in den Partnerländern zu mobilisieren.

Ein erfolgreiches Beispiel der engen Zusammenarbeit zur Verfolgung globaler Ziele ist das Internationale Programm zum Schutz der brasilianischen Tropenwälder (PPG7)⁴⁰, das künftig durch Maßnahmen zum Schutz der Wälder auch in anderen Ländern des Amazonasraums abgerundet wird.

40 International Pilot Programme to Conserve the Brazilian Rainforests



Europäische Kommission

Kom (2005) 636 endg.

Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der **Europäischen Union und Lateinamerika**



DE

Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika

Mitteilung der Kommission an den Rat
und das Europäische Parlament

{KOM(2005) 636 endg.}

Europäische Kommission



EUROPÄISCHE KOMMISSION
Aussenbeziehungen



Wenn Sie wöchentlich die Informationen der Generaldirektion Außenbeziehungen per E-Mail erhalten möchten, besuchen Sie bitte folgende Webseite:

http://europa.eu.int/comm/external_relations/feedback/weekly.htm

Europäische Kommission

Generaldirektion Außenbeziehungen

B-1049 Brüssel

Tel. (32-2) 299 11 11

Fax (32-2) 299 39 41

Webseite: http://europa.eu.int/comm/external_relations/index.htm

Umschlagsfoto: © 2004 Nicaragua — CE/R.Canessa

***Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden***

Gebührenfreie Telefonnummer (*):

00 800 6 7 8 9 10 11

(* Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2006

ISBN 92-79-00832-3

© Europäische Gemeinschaften, 2006

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Belgium

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
I. Die Partnerschaft	6
II. Die Herausforderungen	7
II-1 Bündelung der Kräfte zweier Weltakteure	7
II-2 Belebung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen	7
II-3 Lateinamerika: Eine Region auf dem Weg zur Konsolidierung	8
II-4 Bessere Berücksichtigung der Unterschiede in Lateinamerika	9
III. Die Strategie	10
III-1 Intensivierung und Zielorientierung des politischen Dialogs	10
III-2 Schaffung eines Klimas, das Handel und Investitionen begünstigt ..	10
III-3 Gemeinsamer Beitrag zu Stabilität und Wohlstand	12
III-3.1 Aufbau einer solidarischeren Gesellschaft: Förderung eines stärkeren sozialen Zusammenhalts zum Nutzen aller	12
III-3.2 Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, u.a. durch Errichtung einer parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika	13
III-3.3 Verstärkung der Sicherheit, insbesondere der Drogenbekämpfung auf Basis des Konzepts der geteilten Verantwortung	14
III-3.4 Förderung einer verstärkten regionalen Integration	15
III-3.5 Förderung der nachhaltigen Entwicklung	16
III-3.6 Gemeinsame Konfliktverhütung und Krisenbewältigung	16
III-4 Bessere Zusammenarbeit und besseres gegenseitiges Verständnis ..	17
III-4.1 Stärkere Zielorientierung der Entwicklungszusammenarbeit und -hilfe	17
III-4.2 Betonung der besonderen Rolle bestimmter Akteure in der Region	18
III-4.3 Schaffung eines gemeinsamen Hochschulraums EU-Lateinamerika/Karibik	18
III-4.4 Verbesserung der Sichtbarkeit der beiden Regionen und der Kommunikation	19
IV. Die Gipfeltreffen Europäische Union-Lateinamerika/Karibik	20
V. Fazit	21

Einleitung

In einer Welt, die mit neuen Bedrohungen und Chancen konfrontiert ist, muss die Europäische Union (EU) als internationaler Akteur ihre Beziehungen zu den ihr am nächsten stehenden Partnern festigen. An erster Stelle ist hier Lateinamerika zu nennen, denn mit dieser Region teilen wir unser Engagement für Menschenrechte, Demokratie und Multilateralismus. Um diese gemeinsamen Werte stärken zu können, braucht Europa alle seine Freunde. Mit kaum einer anderen Region der Welt gibt es so viele Gründe, ein echtes Bündnis zu schmieden. Da die Europäische Union und Lateinamerika dieselbe Geschichte und dieselbe Kultur teilen, können sie sich untereinander besser verstehen als mit anderen Regionen und haben somit gute Voraussetzungen, zusammen ihr Aktionspotenzial auszubauen. Infolgedessen liegt es in ihrem ureigenen Interesse, auf internationaler Ebene als Verbündete aufzutreten.

Die Kommission möchte deshalb im Wege der vorliegenden Mitteilung die Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika durch eine Erneuerung der in den letzten zehn Jahren verfolgten Strategie ausbauen. Seit der allgemeinen politischen Mitteilung von 1995 über die Beziehungen zwischen den beiden Regionen haben sich unsere Beziehungen erheblich weiterentwickelt⁽¹⁾.

Die EU – die eine gemeinsame Währung eingeführt hat und auf 25 Mitgliedstaaten angewachsen ist – ist in Lateinamerika zum größten ausländischen Investor geworden. Sie ist in der Region der wichtigste Geldgeber und der wichtigste Handelspartner vieler Länder, insbesondere des Mercosur. Der politische Dialog ist durch drei Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU, Lateinamerikas und der Karibik (1999 in Rio, 2002 in Madrid und 2004 in Guadalajara) verstärkt worden. Diese Mitteilung dient zudem als Grundlage für die Vorbereitung des nächsten Gipfeltreffens EU-Lateinamerika/Karibik, das im Mai 2006 in Wien stattfinden wird.

Die meisten Staaten Lateinamerikas haben sich für demokratische Systeme entschieden und sie haben ehrgeizige wirtschaftliche und soziale Reformen eingeleitet. Die Region hat ein immenses Entwicklungspotenzial und spielt auf internationaler Ebene eine immer wichtigere Rolle. Wie aus einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen über die Millenniums-Entwicklungsziele⁽²⁾ hervorgeht, hat sie allerdings auch große Herausforderungen zu bewältigen, und es existieren Störfaktoren, die langfristig auch eine Auswirkung auf die biregionale Partnerschaft haben können.

Durch ihren umfangreichen Erfahrungsschatz könnte die EU zur Verstärkung von Stabilität und Sicherheit und zu einer nachhaltigen Entwicklung in Lateinamerika beitragen. Wir stehen vor dem Beginn einer neuen Phase der Programmierung der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe, in deren Rahmen es möglich sein dürfte, erhebliche Mittel für die Region zur Verfügung zu stellen (Finanzielle Vorausschau 2007-2013); darüber hinaus findet im Mai 2006 in Wien das nächste Gipfeltreffen der EU, Lateinamerikas und der Karibik statt. Mit den künftigen Assoziationsabkommen mit den Teilregionen (Mercosur, Andengemeinschaft und Zentralamerika) und der Vereinbarung über eine Wirtschaftspartnerschaft mit den karibischen Staaten wird in Kürze ein Zyklus abgeschlossen. Durch ihre Gebieten in äußerster Randlage ist die EU in der Region vertreten, was sie nutzen sollte, um ihre Zusammenarbeit mit Lateinamerika und den Karibikstaaten zu verbessern, vor allem durch eine bessere Koordinierung der verschiedenen finanziellen Instrumente. Darüber hinaus müssen wir auch neuen Entwicklungen im lateinamerikanischen Integrationsprozess Rechnung tragen. Somit ist es an der Zeit, Ansätze für zukunftsweisende Überlegungen vorzuschlagen.

Die Kommission möchte das positive Signal aussenden, dass Europa sich für die Region interessiert. Offenbar entsteht zuweilen der - jedoch unbegründete - Eindruck, dass Europa zu stark mit seiner eigenen Erweiterung, seinen Nachbarn oder mit Besorgnis erregenden Situationen in anderen Weltregionen beschäftigt ist. Dabei stellt sich angesichts der Komplexität der Strukturen und Handlungsinstrumente der EU auch die Frage nach der Sichtbarkeit ihrer Aktionen in Lateinamerika. Die Kommission möchte erneut bekräftigen, dass die Verbindung zu Lateinamerika nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch eine zwingende Notwendigkeit ist, und zwar im gegenwärtigen und künftigen Interesse beider Regionen. Wenn aber Europa bereit ist, sich gegenüber Lateinamerika stärker zu engagieren, erwartet es auch von dieser Region ein starkes Engagement.

(1) So wurden Assoziationsabkommen mit Mexiko (1997) und mit Chile (2002) geschlossen. Ein Assoziationsabkommen mit dem Mercosur wird derzeit ausgehandelt. 2003 wurden Abkommen über den politischen Dialog und die Zusammenarbeit mit der Andengemeinschaft und mit Zentralamerika geschlossen. Im Mai 2004 wurde eine Evaluierungsphase mit Blick auf die Einführung von Assoziationsabkommen mit beiden Regionen eingeleitet.

(2) ECLAC, „The Millennium Development Goals: a Latin American and Caribbean perspective“, Juni 2005.

I. Die Partnerschaft

Die EU und Lateinamerika haben sich auf dem Gipfel von Rio verpflichtet, eine „biregionale strategische Partnerschaft“ zu entwickeln, die darauf abzielt, intensive Beziehungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur aufzubauen.

Dieses Bündnis betrifft auch die Staaten der Karibik, zu denen die EU im Rahmen der Abkommen von Lomé und Cotonou schon seit vielen Jahren Beziehungen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Handel unterhält. Die Karibikstaaten haben aufgrund der geografischen Nähe und der Unterzeichnung einer Reihe von Abkommen ⁽³⁾ besondere Beziehungen zu Zentral- und Südamerika. Daher wird die Kommission diesem Thema eine Mitteilung widmen, deren Annahme Anfang 2006 erfolgt.

Die wachsenden Beziehungen zu Asien und insbesondere China, der wachsende Einfluss Brasiliens und Mexikos, der Reichtum der Region an Humanressourcen und Rohstoffen und die wachsende Bedeutung Lateinamerikas für die Versorgung der EU mit Agrarerzeugnissen sind Gründe genug für die Vertiefung der Partnerschaft. Laut ECLAC (VN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik) wird das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika 2005 4,3% erreichen, in den Karibikstaaten hingegen 2,5%. Das BIP pro Kopf beläuft sich dort bei 522 Millionen Einwohnern ⁽⁴⁾ auf 2.800 Euro, d. h. dreimal soviel wie in China. Es handelt sich also um einen Markt, der für die EU ein großes Potenzial aufweist. Er ist in der Expansion begriffen und bietet zahlreiche Absatzmärkte für neue Technologien.

Europa ist ein für die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung Lateinamerikas maßgeblicher Handelspartner. Dies gilt auch für Wissenschaft und Technologie. Das politische Gewicht Lateinamerikas auf internationaler Ebene nimmt zu. Die EU als starker Partner kann es der Region ermöglichen, ihre Stellung im multilateralen System zu festigen. Europa kann eine ergänzende Dimension zu den engen Beziehungen bieten, die die Region zu Nordamerika unterhält.

Auf kultureller Ebene haben die beiden Regionen viele gemeinsame Bezugspunkte. Eine Intensivierung des Dialogs und der gemeinsamen Maßnahmen im Kulturbereich dürfte zum besseren gegenseitigen Verständnis beitragen. Ein solcher Ansatz könnte auch die Entwicklung der Kulturindustrien in beiden Regionen fördern, sowohl in den traditionellen Bereichen als auch auf dem Gebiet der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Die Kommission schlägt vor, **der Partnerschaft**, die heute mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert ist, **neuen Auftrieb zu verleihen**. Ihre Zielsetzungen für die kommenden Jahre bestehen darin,

- eine verstärkte strategische Partnerschaft mit Hilfe eines Geflechts von Assoziationsabkommen (einschließlich Freihandelsabkommen) zu begründen, in die alle Länder der Region einbezogen sind und die zur Integration der gesamten Region beitragen kann;
- echte politische Dialoge zu führen, die den Einfluss der beiden Regionen auf der internationalen Ebene stärken;
- wirksame sektorale Dialoge einzuführen (wie über sozialen Zusammenhalt oder Umweltfragen), um Ungleichheiten zu verringern und die nachhaltige Entwicklung zu fördern;
- die Schaffung eines stabilen und vorhersehbaren Rahmens zu unterstützen, der den lateinamerikanischen Ländern ermöglicht, mehr europäische Investitionen auf sich zu lenken, die wiederum auf längere Sicht zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen;
- die Hilfe und die Zusammenarbeit besser auf die Bedürfnisse der betreffenden Länder abzustimmen;
- das gegenseitige Verständnis über Bildung und Kultur zu fördern.

Diese Politik erfordert ein anhaltendes Engagement und kontinuierliche Bemühungen beider Seiten.

⁽³⁾ Vor allem Assoziation Karibischer Staaten, Cariforum, Beteiligung der CARICOM an der Rio-Gruppe und Beteiligung am Prozess EU/Lateinamerika/Karibik.

⁽⁴⁾ Ohne Karibik. Quelle: Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen

II. Die Herausforderungen

Die Handlungsinstrumente der EU müssen an die **neuen Gegebenheiten in Lateinamerika** angepasst werden.

- Die Integrationsprozesse, die die Struktur unserer Beziehungen bestimmen, entwickeln sich weiter, wie die jüngste Gründung der Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen zeigt.
- Diese Integrationsprozesse sind noch lange nicht abgeschlossen und ihr Entwicklungsstand schwankt von Region zu Region.
- Jedes Land der Region verfolgt dennoch seine eigenen außenpolitischen Ziele auf regionaler und internationaler Ebene.
- Es gibt gewichtige Akteure, die vor allem aufgrund ihrer Rolle in der Region eine besondere Behandlung erfahren sollten: Brasilien und Mexiko.

II-1 Bündelung der Kräfte zweier Weltakteure

Einer der grundlegenden Elemente der Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika ist der Wille zur Abstimmung über Themen von gemeinsamem Interesse, vor allem innerhalb der Vereinten Nationen. Die Qualität und das reibungslose Funktionieren dieses Dialogs sind wesentlich für die Vertretung und die Förderung der gemeinsamen Werte beider Regionen. Mit der Einleitung der strategischen biregionalen Partnerschaft haben die beiden Regionen mit Entschlossenheit den Weg des Multilateralismus (Kyoto-Protokoll, Internationaler Strafgerichtshof, Bekämpfung der Todesstrafe usw.) eingeschlagen. Dies ist unabdingbar, wie auf dem Gipfel von Guadalajara mit Nachdruck unterstrichen wurde, als es um die fundamentalen Themen der globalen Governance ging. Es muss jedoch festgestellt werden, dass die tatsächliche Rolle beider Regionen auf der internationalen Bühne nicht ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht als regionale Blöcke entspricht. Daraus ergibt sich ein verfälschtes Bild von den Möglichkeiten, Bündnisse zu schließen. Darüber hinaus ist die Sichtbarkeit der EU in Lateinamerika und umgekehrt nach wie vor gering. Folglich bedarf es einer Reflexion über gemeinsame Wege zur Verbesserung des politischen Dialogs zwischen den beiden Regionen mit dem Ziel, ihren Einfluss in der Welt zu stärken.

II-2 Belebung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen

Für die strategische Partnerschaft ist es wichtig, dass die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Regionen ausgebaut werden. Europa ist zwar der wichtigste ausländische Investor in Lateinamerika, doch die USA und Asien (vor allem China ⁽⁶⁾) spielen ebenfalls eine wachsende Rolle.

Trotz einer in absoluten Zahlen erheblichen Zunahme der **Handelsströme** zwischen den beiden Regionen in den letzten 15 Jahren wird das Wachstumspotenzial für den Handel noch unzureichend genutzt. Vor allem hat die in den frühen 1990-er Jahren verzeichnete Dynamik der EU in Lateinamerika inzwischen an relativer Geschwindigkeit eingebüßt: Auch wenn der Anteil ihrer Ausfuhren in diese Region zwischen 2000 und 2004 gesunken ist, hat sich der Marktanteil Lateinamerikas am gesamten Handel der EU in diesem Zeitraum bei 5% stabilisiert, worin sich in gewissem Maß auch die Internationalisierung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften widerspiegelt. Darüber hinaus sind die Beziehungen von einer **starken Asymmetrie** geprägt: Die EU ist der erste Handelspartner vieler lateinamerikanischer Länder, während deren Stellung im Gesamthandel der EU noch sehr gering geblieben ist.

Was die **Investitionen** anbelangt, so bleibt die EU zwar mit einem Bestand an ausländischen Direktinvestitionen (DI) von 90 Mrd. EUR im Jahr 2003 führender Investor in Lateinamerika (sowie ein bedeutender Investor in den Karibikstaaten), doch der Bestand ist im Vergleich zu 2001 gesunken. Man ist weit entfernt vom Niveau der 1990-er Jahre, das größtenteils auf die von den Regierungen in der Region beschlos-

⁽⁶⁾ Das Gesamtvolumen des Handels zwischen Lateinamerika und China hat 2003 gegenüber dem Vorjahr um 50% zugenommen. Die Einfuhren Chinas aus Lateinamerika sind 2003 um 79,1% gestiegen.

senen Privatisierungsprogramme zurückzuführen war. Allerdings scheint der Rückgang der DI in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends vor allem auf die schlechte Konjunktur zurückzuführen zu sein, die in mehreren Ländern auf die Krisenzeit folgte. Die letzten Zahlen für 2004 zeugen von einer bedeutenden Verbesserung.

Daher sollte der Ausbau der strategischen Partnerschaft zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Regionen beitragen: Für Lateinamerika könnte dies zum Technologietransfer, zur Produktivitätsverbesserung, zur Entwicklung der Infrastrukturen und zur Diversifizierung der Absatzmärkte führen. Die EU hingegen sollte ihre Marktpositionen ausbauen und konsolidieren und eine dynamische Investitionspolitik verfolgen.

II-3 Lateinamerika: Eine Region auf dem Weg zur Konsolidierung

Um zu verhindern, dass die Stabilität in Lateinamerika langfristig in Frage gestellt wird, muss die EU die Region in ihren diesbezüglichen Bemühungen unterstützen.

• Soziale Ungleichheiten, Armut und Ausgrenzung

Laut ECLAC hat die Anzahl der Armut lebenden Menschen in Lateinamerika 2003 227 Millionen erreicht, d.h. 44,4% der Bevölkerung. Dieser hohe Prozentsatz zeugt von den krassen Ungleichheiten zwischen Reich und Arm. Besonders indigene und afrikanischstämmige Bevölkerungsgruppen, Frauen und Kinder sind von Prekarität und Marginalisierung betroffen. Diese Ungleichheiten sind nicht nur ein Faktor für die Schwächung der Demokratie und die Fragmentierung der Gesellschaft, sondern gefährden auch das Wachstum und die wirtschaftliche Entwicklung. Sie können zu sozialen Spannungen und politischer Instabilität führen und fördern die Entwicklung von Kriminalität und Unsicherheit (wie z.B. Gewalt in Städten, gegenüber Frauen, oder Jugendkriminalität). In Lateinamerika sind die demokratische Staatsführung und der soziale Zusammenhalt eng miteinander verknüpft: Ausgrenzung, Armut, ein begrenzter Zugang zur Bildung und zur Gesundheitsversorgung sowie ein Mangel an Perspektiven schränken die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte ein. Dies höhlt das Vertrauen in die Institutionen aus und verhindert eine uneingeschränkte Beteiligung am demokratischen Prozess. Die Bekämpfung dieser Ungleichheiten stellt eine immense Herausforderung dar. Im karibischen Raum gibt es trotz eines relativ hohen BIP noch große Armutgebiete, wenn auch mit erheblichen Schwankungen von Land zu Land (in den englischsprachigen Karibikstaaten leben 8% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, in Haiti sind es 65%).

Die Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Armutsminderung sind zu einer Priorität der nationalen Entwicklungsprogramme zahlreicher lateinamerikanischer Länder geworden. Darüber hinaus wurden groß angelegte Initiativen ergriffen, um den sozialen Zusammenhalt auf subregionaler Ebene zu fördern und die soziale Dimension der regionalen Integrationsprozesse auszubauen. In den vergangenen Jahren hat die beträchtliche Erhöhung der Sozialausgaben zu sichtlichen Verbesserungen im sozialen Bereich geführt, vor allem im Bildungs- und im Gesundheitswesen. Dennoch sind noch umfassende Anstrengungen erforderlich, um die unzureichende Qualität der öffentlichen Dienste zu verbessern, die die Grundlage des gesellschaftlichen Dualismus bilden. Die Kommission hat den sozialen Zusammenhalt in Lateinamerika zum prioritären Thema ihres politischen Dialogs mit der Region gemacht. Ihre diesbezüglichen Bemühungen finden auf zwei Ebenen statt:

1. Gewährung von Priorität für den sozialen Zusammenhalt in ihrer Hilfe- und Kooperationspolitik und Einleitung eines spezifischen Programms für diesen Bereich (EuroSocial)
2. schrittweise Einbeziehung der internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft in diese Zielsetzung ⁽⁶⁾

Angesichts der wirtschaftlichen Ausgrenzung verlassen viele lateinamerikanische Bürger ihre Heimat, um im Ausland zu arbeiten. Die Migrationsströme in Richtung Europa haben rasch zugenommen und die **Migration** stellt für die Herkunftsländer eine große Herausforderung in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht dar.

⁽⁶⁾ Vor allem IDB, ILO, Weltbank, IWF und OAS (die Kommission nimmt vor allem mit Interesse die Initiative der OAS zur Erstellung einer Sozialcharta zur Kenntnis).

• Verbesserungsfähige demokratische Staatsführung

In den vergangenen 25 Jahren wurde die Demokratie in Lateinamerika schrittweise wieder eingeführt. Sie ist nun das vorherrschende politische System. Große Fortschritte wurden auch in Bezug auf die Menschenrechte erzielt. Allerdings macht sich ein Gefühl der Desillusionierung gegenüber den demokratischen Regierungen breit, da es diesen nicht gelungen ist, wirksam gegen die Armut anzukämpfen oder den Reichtum gerechter zu verteilen. Im Bericht 2004 der interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (Organisation amerikanischer Staaten) heißt es, dass die „*Demokratie sich in einem Zustand der Ungewissheit und Prekarität*“ befindet. Mehr als 50% der Lateinamerikaner⁽⁷⁾ würden eine demokratische Regierung echten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten opfern. Dies wird durch die beunruhigenden Ergebnisse des „Latinobarómetro“⁽⁸⁾ belegt. Die Achtung gegenüber den politischen Parteien ist spürbar gesunken, die Wahlbeteiligung nimmt ab und in vielen Ländern ist die Korruption nach wie vor weit verbreitet. Die Repräsentation sämtlicher Bereiche der Gesellschaft (vor allem der Frauen) im politischen Leben ist bei weitem nicht gewährleistet. All dies schwächt den Staat. Dennoch gibt es auch ermutigende Zeichen: So glaubt zwar ein Großteil der Bevölkerung zwar nicht mehr an die Justiz ihres Landes, doch es ist in der Region eine Bewegung entstanden, die gegen die Straflosigkeit kämpft.

• Illegale Drogen und organisierte Kriminalität

Die lateinamerikanische Region zahlt der weltweit anhaltenden Nachfrage nach Kokain einen hohen Tribut. Das Phänomen ist nicht mehr auf die Coca anbauenden Länder begrenzt, sondern betrifft inzwischen, wenn auch in unterschiedlichem Maß, den gesamten Subkontinent. Der Drogenhandel entlang den wichtigsten Drogenrouten – deren Anzahl in Richtung EU im Übrigen tendenziell zunimmt – hat erhebliche „Kollateraleffekte“, die sich in der wachsenden organisierten Kriminalität, verbunden mit Korruption und Geldwäsche, innerhalb wie außerhalb der Region zeigen. Sie haben negative Auswirkungen auf die Demokratisierung und die Stabilität der Institutionen und der Gesellschaft. Angesichts des steigenden Kokainkonsums in Europa haben wir ein unmittelbares Interesse daran, gegen Drogenproduktion, -konsum und -handel in Lateinamerika vorzugehen.

• Umweltbelange

Lateinamerika verfügt über beträchtliche natürliche Ressourcen und eine außergewöhnlich reiche biologische Vielfalt. Werden diese Ressourcen sinnvoll verwaltet, können sie die Volkswirtschaften in der Region stärken. Der unsachgemäße Umgang damit in bestimmten Ländern hingegen trägt zur Umweltzerstörung und zu gesundheitlichen und sozialen Problemen bei. Ein Merkmal der Region ist die Häufigkeit von Naturkatastrophen mit schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen, vor allem im karibischen Raum.

II-4 Bessere Berücksichtigung der Unterschiede in Lateinamerika

Die EU beabsichtigt, ihre Politik der Unterstützung der regionalen Integration in Lateinamerika weiterzuverfolgen. Darüber hinaus möchte sie die politischen und Handelsbeziehungen sowie die Zusammenarbeit noch weiter an die Gegebenheiten in jedem Land/jeder Teilregion anpassen und den jüngsten Entwicklungen im Integrationsprozess (Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen) Rechnung tragen. Eine erste Unterscheidung zwischen den Ländern kann anhand des BIP pro Einwohner vorgenommen werden. Einige von ihnen sind Länder mit niedrigem Einkommen oder zählen zur untersten Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen. Die meisten sind Länder mit mittlerem Einkommen, in denen im Übrigen die Mehrheit der Armen der Region lebt. Daher bedarf es im Rahmen der Entwicklungspolitik der Kommission eines differenzierten Ansatzes. Eine weitere Unterscheidung betrifft die aufstrebenden Volkswirtschaften, die eine wachsende Rolle sowohl in Lateinamerika als auch in der Welt spielen.

Die Kommission fördert die Integration der gesamten Region, vertritt jedoch die Auffassung, dass es an der Zeit ist, den bisher verfolgten Ansatz auszuweiten, indem sie in bestimmten Politikbereichen durch einen gezielteren Dialog individuellere Beziehungen zu einigen Ländern entwickelt.

(7) „La Démocratie en Amérique latine, vers une démocratie des citoyens“, Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), Projekt PRODDAL, 2004.

(8) Die Unterstützung für die Demokratie ist von 61% im Jahr 1996 auf 53% im Jahr 2004 gesunken. Die Anzahl der Personen, die gleichgültig gegenüber der Art des politischen Regimes sind, stieg in demselben Zeitraum von 16 auf 21%. Quelle: Informe Latinobarómetro 2004 – Una década de mediciones, 13.8.2004. Corporación Latinobarómetro, Santiago de Chile.

III. Die Strategie

In dieser Mitteilung präsentiert die Kommission einige Lösungsansätze und Vorschläge für die Neubelebung der Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika.

- (1) Sie schlägt vor, den politischen Dialog zu intensivieren und zielorientierter zu führen.
- (2) Sie möchte ein günstiges Umfeld für Handel und Investitionen schaffen.
- (3) Sie beabsichtigt, die Bemühungen der Länder der Region um Stabilität und Wohlstand. unterstützen,
- (4) Sie schlägt vor, die Zusammenarbeit zu verbessern und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

III-1 Intensivierung und Zielorientierung des politischen Dialogs

Es ist unabdingbar, **den politischen Dialog zu vertiefen, um beiden Regionen eine stärkere Annäherung ihrer Standpunkte in Fragen von gemeinsamem Interesse zu ermöglichen.** Vor allem wünscht sich die Kommission eine klarere Festlegung der Themen und eine Themenauswahl, die besser auf die einzelnen Gesprächspartner abgestimmt ist: Gipfeltreffen, Ministertagungen (mit der Rio-Gruppe, den subregionalen Gruppen, einschließlich der Karibikstaaten und der unter Assoziationsabkommen fallenden Länder). Wird ein politischer Dialog als notwendig erachtet, könnte ein regelmäßiger Dialog auf Ebene hoher Beamter einen informellen Austausch ermöglichen. Um die Gespräche zu erleichtern, ist Folgendes wichtig:

- die Begrenzung der Themenauswahl: Beispielsweise könnte ein solcher Dialog die Reform der Vereinten Nationen, die Friedenssicherung, die Krisenprävention oder Krisensituationen in bestimmten Ländern der Region betreffen;
- die Vorbereitung des förmlichen Dialogs auf Ebene der Regierungschefs oder Minister durch themenbezogenen Sitzungen auf Ebene der hohen Beamten (in Troika-Format);
- die Nutzung der Troika der hohen Beamten für den regelmäßigen informellen Dialog mit einigen Ländern;
- die Fortsetzung und Vertiefung des politischen Dialogs im Rahmen der Assoziationsabkommen EU-Mexiko und EU-Chile.

Die Kommission schlägt vor,

- die **politischen Dialoge auf den jeweiligen Bedarf abzustimmen** und mit geeigneten Gesprächspartnern auf biregionaler oder bilateraler Ebene bzw. auf der Ebene von Teilregionen über gezielt ausgewählte Themen zu führen;
- die **Themenauswahl zu begrenzen**;
- diese politischen Dialoge durch hohe Beamter vorbereiten zu lassen (in Troika-Format);
- **mit einigen Ländern dem Bedarf entsprechend regelmäßig informelle Sitzungen abzuhalten, in denen hohe Beamte einen politischen Dialog führen.**

III-2 Schaffung eines Umfelds, das Handel und Investitionen begünstigt

Die EU und Lateinamerika müssen weiter zusammenarbeiten, um das **multilaterale Handelssystem** im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) zu stärken und dadurch folgende Ziele zu verwirklichen: 1) Verbesserung des Zuganges zu den Waren- und Dienstleistungsmärkten durch Abschaffung der hohen Abgaben, die in Lateinamerika noch für bestimmte gewerbliche Waren gelten, 2) Ausbau der gemein-

samen Regeln über handelspolitische Instrumente (vor allem Antidumping), Rechte an geistigem Eigentum, Investitionen, Dienstleistungen, öffentliche Aufträge und Streitbeilegung.

Dieser multilaterale Ansatz wird durch die Aushandlung von biregionalen **Assoziations- und Freihandelsabkommen** mit den auf Handelsebene ausreichend integrierten Regionen (Mercosur und möglicherweise Andengemeinschaft, Zentralamerika und karibischer Raum) ergänzt. Außerdem muss das Potenzial der bestehenden Freihandelsabkommen mit Mexiko und Chile stärker ausgeschöpft werden. Nach Ansicht der Kommission stellt die wirtschaftliche Integration der gesamten Region, einschließlich der Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen, ein wesentliches Element für die Entwicklung der produktiven Sektoren und die Entstehung eines echten regionalen Marktes dar, der auf längere Sicht in der Lage sein wird, dem aus einem Freihandelsabkommen mit der EU erwachsenden Wettbewerb standzuhalten. Angesichts der sehr geringen Größe einiger Länder ist für die EU und Lateinamerika ein einheitlicher regionaler Markt, der den Wirtschaftsbeteiligten mehr Perspektiven bietet und innerhalb dessen ein freier Waren- und Dienstleistungsverkehr stattfindet, von größtem Interesse. Parallel zu den laufenden Verhandlungen möchte die Kommission den Dialog mit ihren wichtigsten lateinamerikanischen Handelspartnern über **bestehende und potenzielle Hindernisse** für die Entwicklung von Handel und Investitionen intensivieren und ihn zu einer wirklich ständigen Einrichtung machen. Zu diesem Zweck empfiehlt die Kommission die Einrichtung von Arbeitsgruppen unter Nutzung der bestehenden Strukturen.

Die Kommission möchte den **Zugang zum europäischen Markt für lateinamerikanische Unternehmen** weiter erleichtern, für die das Allgemeine Präferenzsystem bereits Zollpräferenzen und Zollbefreiungen bietet. Schon heute informiert der Online-Dienst „Export HelpDesk über die Möglichkeiten des Zugangs zum europäischen Markt.

In den vergangenen 20 Jahren haben **europäische Unternehmen in Lateinamerika hohe Investitionen getätigt**. Das Wachstumspotenzial der Investitionen ist dort weiter sehr hoch, da Chancen vor allem in strategischen Sektoren bestehen, in denen die europäische Exzellenz sich bewährt hat; hierzu zählen Informations- und Kommunikationstechnologien, Luft- und Raumfahrtindustrie, Automobilindustrie, Maschinenbau und Metallurgie, Energie, Umwelt, Infrastrukturen und Verkehr. Darüber hinaus ist die europäische wissenschaftliche Forschung in vielen dieser Sektoren führend und kann von der Entwicklung des nicht unbeachtlichen Potenzials an Fachwissen und Know-how in Lateinamerika, z.B. auf dem Gebiet der Biotechnologie (Biotreibstoffe), Luft- und Raumfahrt und Gesundheit, nur profitieren. Die Präsenz europäischer Unternehmen in Lateinamerika **schafft Wachstum und Arbeitsplätze** und kann zur Verringerung der sozialen Ungleichheiten beitragen. Sie fördert den Transfer von Know-how und eröffnet dortigen Unternehmen Absatzmärkte (durch Vergabe von Unteraufträgen). Das von der Kommission initiierte Programm AL-Invest ermöglicht Unternehmen beider Regionen, vor allem KMU, Handelsvereinbarungen zu schließen und von Technologietransfers zu profitieren.

Allerdings sind die europäischen Unternehmen mit einer **Reihe von Schwierigkeiten** ⁽⁹⁾ **konfrontiert, die ihr Engagement auf dem lateinamerikanischen Markt bremsen**: Unvorhersehbarkeit der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, schwieriger Marktzugang (tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse), politische Instabilität, Bürokratie, Zollprobleme, regulative und normative Schranken, Vielschichtigkeit des Steuersystems und Schwäche der internationalen Koordinierung in diesem Bereich, Fehlen adäquater regionaler Infrastrukturen, Korruption usw.

Die derzeitige Herausforderung besteht folglich darin, **den Handel zwischen beiden Seiten und die europäischen Investitionen in Lateinamerika zu erleichtern**. Die Kommission setzt es sich zum Ziel, die Entwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen zu fördern, die eine Vorhersehbarkeit ermöglichen und die Sicherheit der Investitionen garantieren. Im Rahmen der WTO würden Fortschritte beim Marktzugang und bei den gemeinsamen Normen den Unternehmen Handel und Investitionen erleichtern. Die Kommission fördert die Annahme von rechtlichen Rahmenbestimmungen und gemeinsamen Normen. Sie schlägt zu diesem Zweck vor, den ordnungspolitischen Dialog mit den lateinamerikanischen Ländern auf dem Gebiet der Informationsgesellschaft (Programm @lis) zu vertiefen. Sie unterstützt die Weiterentwicklung der Sicherheit im Luft- und Seeverkehr und den Einsatz von Satellitennavigationstechniken (GALILEO).

⁽⁹⁾ Laut informeller Konsultation des Unternehmenssektors in Brüssel am 26. April 2005 (auf Initiative der Kommission).

Die Kommission beabsichtigt eine Fortführung

- der **Konsolidierung des multilateralen Handelssystems,**
- der **Vertiefung der bestehenden Assoziationsabkommen,**
- der **Aushandlung von Assoziationsabkommen und von biregionalen Freihandelsabkommen,**
- der Erleichterung des **Zugangs zum europäischen Markt für lateinamerikanische Unternehmen,**
- des Dialoges über Handels- und Investitionshemmnisse;
- des makroökonomischen Dialoges, mit dem Ziel der Förderung der makroökonomischen Stabilität, als einem wesentlichen Beitrag für die Belebung von Handel und Investitionen.

Die Kommission beabsichtigt weiter:

- die Förderung der Rolle der zukunftsweisenden **europäischen Sektoren** bei der Entwicklung Lateinamerikas, insbesondere im Zuge der Rahmenprogramme für Forschung und technologische Entwicklung;
- die Förderung eines günstigen Umfeldes für europäischen Unternehmen in Lateinamerika, indem der **ordnungspolitische Dialog im Hinblick auf die Annahme von rechtlichen Rahmenbestimmungen und von gemeinsamen Normen**, u.a. in den Bereichen Verkehr, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologien, Ernährungssicherheit sowie Gesundheits- und Pflanzenschutz verstärkt wird.

III-3 Gemeinsamer Beitrag zu Stabilität und Wohlstand

III-3.1 *Aufbau einer solidarischeren Gesellschaft: Förderung eines stärkeren sozialen Zusammenhalts zum Nutzen aller*

Auf dem Gipfeltreffen von Guadalajara haben die EU und Lateinamerika den sozialen Zusammenhalt zum **gemeinsamen Ziel und zu einem wichtigen Aspekt** ihrer Beziehungen erklärt. Im Kontext der Globalisierung zielt die Förderung des sozialen Zusammenhalts auf den Aufbau solidarischerer Gesellschaften ab, indem allen (auch den Schwächsten) echte Chancen geboten werden, ihre Grundrechte auszuüben und Arbeit zu finden, von Wirtschaftswachstum und sozialem Fortschritt zu profitieren und auf diese Weise uneingeschränkt an der Gesellschaft teilzuhaben. Die Förderung des sozialen Zusammenhalts ist außerdem wesentlich für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheiten. Sie ist ferner untrennbar mit der Konsolidierung der Demokratie, einer leistungsfähigen Wirtschaft und einer würdigen Arbeit für alle verbunden. Die Herausforderung besteht darin, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, Gerechtigkeit und Solidarität miteinander zu verknüpfen. Dieses Ziel erfordert die Annahme integrierter Strategien, die auf die spezifischen Gegebenheiten jedes Landes und jeder Teilregion abgestimmt sind, um zu einer optimalen Interaktion der Politiken zu gelangen. Dies setzt eine Staatsführung voraus, die in der Lage ist, alle Akteure einzubeziehen und Konsense zu erzielen.

Besondere Aufmerksamkeit könnte Folgendem gewidmet werden: 1) der Politik des Sozialschutzes und der Steuerpolitik, einschließlich ihrer Effizienz, Transparenz und Gerechtigkeit; 2) den produktiven Investitionen mit Blick auf mehr und bessere Arbeitsplätze; 3) der Politik zur Bekämpfung der Diskriminierung (ethnische Herkunft und Geschlecht) und 4) der Verbesserung der grundlegenden sozialen Dienste. Für die von starker Auswanderung betroffenen Länder hat die Kommission unlängst in einer Mitteilung ⁽¹⁰⁾

⁽¹⁰⁾ „Migration und Entwicklung: Konkrete Leitlinien“ KOM (2005) 390 endg., 1. September 2005.

eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, die darauf abzielen, die durch die Migration und die Migranten gebotenen Möglichkeiten im Rahmen der Entwicklungspolitik der Länder besser zu nutzen.

Die lateinamerikanischen Länder tragen in erster Linie selbst die Verantwortung für die Einführung von Armutsbekämpfungsstrategien, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der sozialen Integration. In diesem Zusammenhang wurden kürzlich zahlreiche Initiativen ergriffen. Die Kommission ist fest entschlossen, diese zu unterstützen. Sie ist zur Weitergabe ihrer Erfahrungen sowie zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit. Konkret wäre sie gewillt:

- einen biregionalen Dialog über die Verknüpfung von Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Solidarität zu lancieren und einen Dialog mit den Ländern und Teilregionen über Themen von beiderseitigem Interesse bezüglich des sozialen Zusammenhalts aufzunehmen;
- den sozialen Zusammenhalt in Lateinamerika zum prioritären Thema ihrer Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit zu machen (Programmplanung für den Zeitraum 2007-2013);
- eine stärkere Koordinierung mit den internationalen Organisationen zu fördern;
- sich für die Begründung von Partnerschaften zwischen den öffentlichen Behörden, den Sozialpartnern, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor einzusetzen (auch durch Förderung der sozialen Verantwortung der Unternehmen).

Die Kommission möchte das Ziel des sozialen Zusammenhalts auf kontinuierliche, kohärente und konkrete Weise in alle Maßnahmen integrieren, die sie in Partnerschaft mit Lateinamerika ergreift. Dies betrifft insbesondere

- die Einrichtung eines speziellen Dialogs,
- eine Entwicklungszusammenarbeit, in der der soziale Zusammenhalt Vorrang hat,
- die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den internationalen Institutionen,
- die Förderung der Mitwirkung der betroffenen Akteure.

Des Weiteren sollte die Kommission die Veranstaltung eines (alle zwei Jahre stattfindenden) **Forums für den sozialen Zusammenhalt** unterstützen, um die erzielten Ergebnisse zu verbreiten. An diesem Forum sollten Behörden, Zivilgesellschaft, Privatsektor und internationale Organisationen teilnehmen.

III-3.2 Stärkung der demokratischen Staatsführung, u.a. Errichtung einer parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika

Die Kommission beabsichtigt, die Modernisierung des Staatswesens in Lateinamerika weiter zu unterstützen, vor allem in den Bereichen: Repräsentation aller Bürger im politischen Leben, Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, Förderung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern, Zugang zur Justiz, Stärkung der Judikative, Ausbau der Kapazitäten der Sicherheitskräfte und Bindung dieser Kräfte an den Rechtsstaat, Dezentralisierung und verantwortungsvolle Staatsführung, Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit. Das Europäische Parlament, das eine entscheidende Rolle auf diesem Gebiet spielt, hat die Einrichtung einer transatlantischen Versammlung Europa-Lateinamerika vorgeschlagen, die sich zu gleichen Teilen aus einerseits Abgeordneten des EP und andererseits Mitgliedern des Parlato, des Parlatino, des Parlandino und der gemischten Ausschüsse mit Mexiko und Chile zusammensetzen soll ⁽¹¹⁾.

⁽¹¹⁾ "Les relations UE-ALC: faire du Sommet de Vienne une réussite", Note von José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Mitglied des Europäischen Parlaments, XVII. Interparlamentarische Konferenz EU-Lateinamerika/Karibik, 14.-17. Juni 2005, Lima (Peru).

Die Kommission wird

- ihre **Kooperationsmaßnahmen** zur Stärkung eines verantwortungsvollen Regierens und zur Förderung der Integration insbesondere der ärmsten Bürger **intensivieren**;
- die **Zivilgesellschaft** in ihr Handeln einbeziehen und die Mitwirkung der **Bürger** (insbesondere der Frauen) an politischen Vorhaben auch im Rahmen politischer Parteien fördern;
- den Wunsch des Europäischen Parlaments unterstützen, eine **transatlantische Versammlung Europa-Lateinamerika** einzurichten.

III-3.3 Verstärkung der Sicherheit, insbesondere der Drogenbekämpfung auf Basis des Konzepts der geteilten Verantwortung

Der interne Konflikt in Kolumbien und seine Dominoeffekte, die Produktion von Drogen und Drogenhandel sowie die rasche Zunahme der illegalen Aktivitäten der Netze der organisierten Kriminalität zählen zu den Instabilitätsfaktoren in Lateinamerika. Alle diese Probleme hängen natürlich zusammen und verstärken sich gegenseitig. Der Versuch, die Stabilität in der Region zu verbessern, ist daher eine vielschichtige Aufgabe. Einige der Sicherheitsbedrohungen müssen mit Hilfe einer spezifischen Strategie angegangen werden. Dies gilt z.B. für **Drogen**. Die EU hat für den Zeitraum 2005-2012 eine Strategie ⁽¹²⁾ zur Bekämpfung des Konsums und der Herstellung von Drogen sowie des Drogenhandels angenommen. Diese bietet einen Rahmen für einen ausgewogenen und integrierten Ansatz, dessen Schwerpunkt auf der Eindämmung von Angebot und Nachfrage liegt. Die Zusammenarbeit stützt sich auf den Grundsatz der geteilten Verantwortung: Europa hat sich nicht nur verpflichtet, die Nachfrage in seinem Gebiet einzudämmen, sondern auch, Lateinamerika bei der Bekämpfung des Drogenhandels zu unterstützen, beispielsweise durch die Förderung von Programmen für alternative Entwicklung. Der Kokainkonsum in Europa steigt und die illegalen Handelsströme, nicht nur aus Lateinamerika, sondern auch aus dem karibischen Raum, nehmen erheblich zu. Der EU ist folglich sehr daran gelegen, die mit dem Rechtsvollzug beauftragten Institutionen in der gesamten Region, einschließlich der Karibikstaaten, zu stärken. Insbesondere plant die Kommission, ihr Know-how und ihre Erfahrungen im Bereich der grenzübergreifenden Zusammenarbeit weiterzugeben (Lehrgänge), den Ermittlungsinformationsaustausch - zu fördern und die im Entstehen begriffenen regionalen Strukturen der Zusammenarbeit finanziell zu unterstützen.

Die Bekämpfung des Drogenhandels und **anderer Formen der Kriminalität** setzt auch ein Vorgehen gegen die **Geldwäsche** voraus. Hierfür sind eine Umsetzung von Mindestvorschriften über die Transparenz der Finanzkreisläufe und der Unternehmensstrukturen sowie ein wirksamer Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden erforderlich. Außerdem haben die EU und Lateinamerika ein gemeinsames Interesse daran, eine verantwortungsvolle Finanz-, Steuer- und Justizverwaltung zu fördern, um den Terrorismus und seine Finanzierung, die **Korruption**, Betrug und Steuerhinterziehung sowie andere Formen von Finanzdelikten und unregelmäßigen Praktiken zu bekämpfen.

Die Kommission unterstreicht ihr Bekenntnis zum **Konzept der geteilten Verantwortung** in internationalen Gremien und wird **Lateinamerika weiterhin bei der Drogenbekämpfung unterstützen**. Sie wird durch finanzielle Anreize im Rahmen von Abkommen mit den lateinamerikanischen Staaten eine **verantwortungsvolle Finanz-, Steuer- und Justizverwaltung** fördern.

⁽¹²⁾ siehe: http://europa.eu.int:8082/comm/external_relations/drugs/docs/strategy_05_12.pdf

III-3.4. Förderung einer verstärkten regionalen Integration

1. Integrationsprozess in Lateinamerika

Die lateinamerikanischen Länder haben Prozesse der regionalen Integration eingeleitet, die bereits erhebliche Auswirkungen gezeitigt haben. Lateinamerika befindet sich hier an der Spitze der von den Entwicklungsländern unternommenen Bemühungen. Die regionale Integration stellt einen prioritären und wesentlichen Aspekt der Unterstützung der Kommission für die Entwicklung in Lateinamerika dar, auch im Hinblick auf die makroökonomische Konvergenz. Doch es sind weitere Maßnahmen erforderlich und die EU sollte eingedenk der Tatsache, dass die regionale Integration das Wirtschaftswachstum und die Investitionen fördert, ihr gesamtes Gewicht auf diese Anstrengungen legen. Die EU unterstützt den Prozess der subregionalen Integration mit dem Ziel, Assoziations- und Freihandelsabkommen mit dem Mercosur zu schließen und Verhandlungen über derartige Abkommen mit der Andengemeinschaft und Zentralamerika aufzunehmen. Das Wiener Gipfeltreffen wird die Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme und entsprechenden Schlussfolgerungen bieten. Die EU hat außerdem die Gründung der Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen begrüßt. Die Kommission verfolgt diese Entwicklung mit äußerster Aufmerksamkeit und ist bereit, den Prozess zu unterstützen. Dieser Zusammenschluss mit seinen 360 Millionen Einwohnern könnte ein relevanter Akteur auf internationaler Ebene werden und bedeutend zum Multilateralismus beitragen. Der Dialog zwischen Europa und Lateinamerika würde dadurch erheblich gestärkt. Die Kommission hält es für angebracht, mit den lateinamerikanischen Partnern Überlegungen über die Möglichkeit einer Strategie für eine regionale Integration von Gesamtlateinamerika anzustellen. Es würde sich um eine langfristig angelegte Strategie handeln, die dem derzeitigen Engagement für die subregionalen Integrationsprozesse keinen Abbruch tun würde.

2. Territoriale Integration und Verbundfähigkeit

Die komplexe geografische Struktur Lateinamerikas stellt ein Hindernis für die territoriale Integration dar. Das fast vollständige Fehlen transnationaler Netze bringt hohe Kosten mit sich. Effizientere Infrastrukturen würden die kommerzielle Leistungsfähigkeit der lateinamerikanischen Exporteure merklich verbessern. Die Kommission beabsichtigt, die europäischen und lateinamerikanischen Finanzinstitutionen zu ermuntern, die territoriale Integration mit Hilfe der Verbundfähigkeit der Infrastrukturnetze, vor allem in den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr, Telekommunikation und Forschung, zu unterstützen; dabei muss auf die Verbundfähigkeit mit den und innerhalb der Karibikstaaten geachtet werden. Die Kommission könnte ihre Erfahrungen (mit den transeuropäischen Netzen) nutzbringend weitergeben und die lateinamerikanischen Länder zu einer konzertierten Infrastrukturplanung ermutigen.

Das neue Mandat der Europäischen Investitionsbank (EIB) müsste eine Unterstützung der regionalen Integration ermöglichen. Die künftig in diesem Rahmen vergebenen Mittel werden die „Lateinamerika-Fazilität“ bilden.

Die Kommission hat den Wunsch,

- **die Gesamtheit der verschiedenen Prozesse der regionalen Integration weiter zu unterstützen, weil sie diesen eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung der Region beimisst;**
- **auf dem Gipfeltreffen in Wien zu prüfen, ob die Fortschritte bei den Verhandlungen über das Assoziations- und Freihandelsabkommen mit dem Mercosur es erlauben, diese zum Abschluss zu bringen;**
- dieses Gipfeltreffen auch zu nutzen, um eine Bilanz der Fortschritte bei der regionalen Integration innerhalb Zentralamerikas und der Andengemeinschaft zu ziehen und zu **prüfen, ob die Voraussetzungen für die rasche Aufnahme der Verhandlungen über Assoziations- und Freihandelsabkommen mit diesen beiden Regionen gegeben sind.**

Die Kommission schlägt vor, ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der Verbundfähigkeit von Infrastrukturnetzen einzubringen, und fordert die EIB auf, im Rahmen der künftigen „Lateinamerika-Fazilität“ Unterstützung zu leisten.

III-3.5 Förderung der nachhaltigen Entwicklung

Nach Ansicht der Kommission hängt der langfristige Wohlstand der EU, Lateinamerikas und der Karibikstaaten zum großen Teil von einer vernünftigen Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen und von ihrer Fähigkeit zur Gewährleistung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung ab. Sie hält es für angebracht, einen Dialog über die Umweltaspekte einzuleiten, um die Einigung auf gemeinsame Standpunkte in internationalen Gremien zu fördern. Folgende Fragen sollten im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen: **Klimawandel: Energie** (Energieeffizienz, Einsatz sauberer Technologien und Versorgungssicherheit); **Wasser** (Europäische Wasserinitiative, grenzübergreifende Verwaltung der Wasserläufe, Abwasserentsorgung); **biologische Vielfalt** (Umsetzung des entsprechenden Übereinkommens) und **Wälder** (Bekämpfung der Entwaldung). Die Umweltminister beider Regionen können alle zwei Jahre zusammentreffen, um Impulse zu setzen, die für die Annahme von Beschlüssen auf den Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik notwendig sind. Die Kommission erklärt ihre Bereitschaft, bei der Verwaltung der Meeresressourcen mit den lateinamerikanischen Ländern zusammenzuarbeiten.

Die Kommission will Folgendes fördern:

- die Einrichtung eines **Dialogs über die Umweltaspekte der nachhaltigen Entwicklung**;
- die Organisation einer **Tagung der Umweltminister zur Vorbereitung der Gipfeltreffen**;
- eine **eingehende Konzertierung innerhalb der internationalen Gremien** insbesondere in Fragen der Klimaänderung.

III-3.6 Gemeinsame Konfliktverhütung und Krisenbewältigung

In Anbetracht des Gewichts, das Europa in Lateinamerika dank der diplomatischen Präsenz, der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen sowie der Entwicklungszusammenarbeit hat, könnten die beiden Regionen einen politischen Dialog über Konfliktprävention und Krisenmanagement ins Auge fassen. Folgende Fragen könnten erörtert werden: Weitergabe von Informationen aus den Frühwarnmechanismen, Errichtung von Kontaktstellen, Entwicklung bilateraler Verfahren für die Koordinierung der zivilen Maßnahmen in Krisensituationen und Stärkung der einschlägigen Kapazitäten der regionalen Organisationen. Die EU sollte außerdem mit anderen Instanzen zusammenarbeiten, wie der OAS, die eine besondere Rolle in diesem Bereich spielt. Die EU sollte die Instrumente, die ihr im Rahmen der Kompetenzen der Gemeinschaft sowie im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zur Verfügung stehen, optimal nutzen. Darüber hinaus ist auf die Bedeutung des künftigen Stabilitätsinstrumentes für die Bewältigung von Krisen und die Stabilisierung der Region hinzuweisen.

Auf Antrag der betroffenen Länder sollte die EU eine aktivere Rolle bei der Verhütung von Konflikten und der Bewältigung von Krisen in Lateinamerika spielen. Sie könnte:

- die **Weitergabe einschlägiger Erfahrungen** fördern;
- **die Bemühungen der Länder und der regionalen Gremien unterstützen**;
- in dieser Frage **einen strukturierten Dialog und eine strukturierte Zusammenarbeit mit der OAS und der Rio-Gruppe** begründen;
- das künftige Stabilitätsinstrument in Anspruch nehmen.

III-4 Bessere Zusammenarbeit und besseres gegenseitiges Verständnis

III-4.1 Stärkere Zielorientierung der Entwicklungszusammenarbeit und -hilfe

Die Europäische Union ist in Lateinamerika der wichtigste Geber von Entwicklungshilfe. Die von der Kommission an die Region vergebenen Mittel sind im Zeitraum 1999-2003 stetig gestiegen.

Die Kommission ist in zahlreichen Bereichen aktiv: Demokratie und Menschenrechte, Gesundheit, Bildung, Verkehr, Ernährungssicherheit und nachhaltige ländliche Entwicklung, Stärkung der institutionellen Kapazitäten und des Rechtsstaats. Sie ist überdies mit Wiederaufbauprogrammen (z.B. in Zentralamerika), handels- und integrationsbezogener technischer Hilfe und Regionalprogrammen vertreten.

Die Evaluierung ⁽¹³⁾ der regionalen Strategie der Kommission in Lateinamerika hat gezeigt, dass diese regionale Zusammenarbeit u.a. zu einer Annäherung zwischen den beiden Regionen geführt hat und erhebliche, wenn auch noch unzureichende Auswirkungen auf die Armutsminderung und den sozialen Zusammenhalt hatte.

Das Ziel der Armutsbekämpfung wird im Zeitraum 2007-2013 im Mittelpunkt der Hilfe- und Kooperationspolitik der Kommission stehen. In den **Ländern mit niedrigem Einkommen und jenen, die zur untersten Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen zählen**, werden die Finanzmittel vorrangig zur Unterstützung der Reformen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele eingesetzt werden. Im jüngsten Bericht der Vereinten Nationen zu diesem Thema zeigen einige Indikatoren, dass die diesbezüglichen Fortschritte in den lateinamerikanischen Ländern noch unzureichend sind. Die Hilfe der Kommission wird Haushaltsstützungs- und Sektorprogramme umfassen, die dort, wo die erforderlichen Voraussetzungen vorhanden sind, vorrangig Strategien für die Armutsminderung und den sozialen Zusammenhalt unterstützen werden, wobei geeignete Auflagen festgelegt werden. Dieser innovative Ansatz begünstigt unter bestimmten Umständen die Übernahme von Eigenverantwortung durch die Empfänger und vereinfacht die Mittelverwaltung. In den **Ländern mit mittlerem Einkommen** hingegen sollte der Schwerpunkt der Hilfe der Kommission eher auf gezielten Aktionen von beiderseitigem Interesse liegen (wirtschaftliche Zusammenarbeit, Handelsförderung). Was die Karibikstaaten anbelangt, so wird die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Abkommens von Cotonou abgewickelt.

Die Kommission hat eine Mitteilung ⁽¹⁴⁾ angenommen, in der die **neue Entwicklungspolitik der Europäischen Union** festgelegt wird. Darin ruft sie zur Einigung auf einen „europäischen Konsens“ auf, der erstmals in fünfzig Jahren Zusammenarbeit einen Rahmen gemeinsamer Grundsätze der Kommission, der Mitgliedstaaten und des Parlaments bieten würde. Innerhalb dieses Rahmens möchte die Kommission im Übrigen die Verantwortung der lateinamerikanischen Partner für die Gewährleistung der Sichtbarkeit der von der Kommission finanzierten Projekte unterstreichen. Außerdem sollte bei den vor Ort tätigen Mitgliedstaaten für unsere Maßnahmen geworben werden. Die Wirksamkeit der europäischen Hilfe (Kommission und Mitgliedstaaten) muss durch neue Koordinierungsbemühungen verstärkt werden.

⁽¹³⁾ „Evaluation de la Stratégie Régionale de la CE en Amérique Latine“, 17. Juni 2005, Konsortium DNR, ADE, ECO und NCG. http://europa.eu.int/comm/europeaid/evaluation/document_index/2005/951661_docs.htm

⁽¹⁴⁾ Mitteilung der Kommission KOM(2005) 311 endg. vom 13.7.2005 - Vorschlag für eine gemeinsame Erklärung des Rates, des Europäischen Parlaments und der Kommission - Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union - „Der Europäische Konsens“.

Im Rahmen ihrer **Programmplanung 2007-2013** schlägt die Kommission vor,

- sich auf die prioritären Themen zu konzentrieren (sozialer Zusammenhalt und regionale Integration);
- den Großteil der Mittel auf die Armutsminderung in den Ländern mit niedrigem Einkommen zu verwenden (einschließlich jener, die zur untersten Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen zählen);
- mit den Ländern, die zur obersten Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen zählen, gezielte Maßnahmen von beiderseitigem Interesse durchzuführen;
- die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der subregionalen Integration mit dem Mercosur, der Andengemeinschaft und Zentralamerika fortzusetzen;
- die regionale Programmplanung für Gesamtlateinamerika auf Bereiche von strategischem regionalem Interesse auszurichten;
- die Bedeutung, die dieser Region beigemessen wird, in der Zuweisung der Mittel zum Ausdruck zu bringen.

Die Kommission bekräftigt, die Wichtigkeit einer **besseren Koordinierung der europäischen Entwicklungshilfe sowie einer verbesserten Sichtbarkeit ihrer Zusammenarbeit.**

III-4.2 Betonung der besonderen Rolle bestimmter Akteure in der Region

Die Strategie für den Ausbau der Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika muss auch der Bedeutung und der besonderen Rolle der großen Länder der Region Rechnung tragen. Dies ist vor allem gegenüber **Brasilien** angezeigt, da die EU hier nur über sehr rudimentäre Strukturen für den bilateralen Dialog verfügt, der keine politische Dimension beinhaltet. Dies ist der raschen Entwicklung Brasiliens als internationalem wirtschaftlichem und politischem Pol nicht mehr angemessen. Brasilien kann als treibende Kraft für die regionale Integration fungieren, die das zentrale Ziel der europäischen Strategie in Bezug auf den Mercosur darstellt. Was **Mexiko** anbelangt, so sollten die laufenden Bemühungen fortgesetzt werden, um die durch das Assoziationsabkommen gebotenen Möglichkeiten noch stärker auszuschöpfen.

Die Kommission schlägt vor, mit **bestimmten Ländern der Region**, denen eine besondere Rolle zukommt, spezifische **politische Dialoge** einzurichten und bei ihren Kooperationsmaßnahmen entsprechend zu differenzieren.

III-4.3 Schaffung eines gemeinsamen Hochschulraums EU-Lateinamerika/Karibik

In Studien ⁽¹⁵⁾ wurde empfohlen, das Verständnis zwischen den beiden Regionen zu verbessern. Der Ausbau des Hochschulaustauschs stellt ein Mittel zu einer solchen Verbesserung dar. Die Kommission hat zu diesem Zweck Programme eingeführt, die sich eines großen Erfolgs erfreuen (Alban, Alfa und Erasmus Mundus). Sie möchte diese Politik weiterentwickeln, um einen gemeinsamen Hochschulraum zu schaffen.

⁽¹⁵⁾ "Study on Relations between the European Union and Latin America. New Strategies and Perspectives" Instituto Complutense de Estudios Internacionales, Universidad Complutense de Madrid – Final Report 29. Juli 2005.

Wie auf dem Gipfel von Guadalajara vorgeschlagen, räumt die Kommission der Schaffung **eines gemeinsamen Hochschulraums für beide Regionen** Vorrang ein. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, dass im Zeitraum 2007-2013 mehr als **4 000 lateinamerikanische Studenten und Dozenten** an den europäischen Hochschulen aufgenommen werden.

III-4.4 Verbesserung der Sichtbarkeit der beiden Regionen und der Kommunikation

Bestimmte Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass die EU in Lateinamerika relativ unbekannt ist ⁽¹⁶⁾. Ähnlich stellt sich die Lage in den meisten EU-Ländern in Bezug auf die lateinamerikanischen Länder dar. Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, dass die beiden Regionen die Herausforderung des besseren gegenseitigen Verständnisses angehen. Es sollten Überlegungen angestellt werden, wie die jeweilige Sichtbarkeit verbessert werden kann, vor allem auf kultureller Ebene. Dieses Vorgehen fügt sich in den Rahmen der künftigen Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ein. Die Kommission ist auch der Ansicht, dass den Mitgliedstaaten hier eine besondere Rolle zukommt. In diesem Zusammenhang möchte sie die gemeinsame jährliche Organisation einer Europa-Woche - wie sie bereits mit Erfolg in einigen Ländern stattfindet - in den lateinamerikanischen Ländern zur Regel machen. Hier könnten verschiedene Aktivitäten ⁽¹⁷⁾ ins Auge gefasst werden.

Die Kommission will die **Weitergabe von Erfahrungen und bewährten Praktiken im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit** sowohl zwischen den Ländern Lateinamerikas als auch zwischen der Region und der Europäischen Union fördern. Sie empfiehlt, jährlich um den 9. Mai (Europa-Tag) herum in allen lateinamerikanischen Ländern, in denen sie vertreten ist, in enger Zusammenarbeit mit den Botschaften der Mitgliedstaaten eine „**Europa-Woche**“ zu veranstalten.

⁽¹⁶⁾ "European Union perception in Latin America", Focus Eurolatino - CJD/Latinobarómetro – 2004 und 2005.

⁽¹⁷⁾ Festival des europäischen Films, Sportveranstaltungen, kulturelle Aktivitäten, Spiele und Wettbewerbe zum Thema Europa, Fernseh- und Radiosendungen, Veröffentlichungen in der Presse, elektronisches Forum usw.

IV. Die Gipfeltreffen Europäische Union-Lateinamerika/Karibik

Die Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik stellen wichtige Ereignisse dar. Sie spielen eine wesentliche Rolle in den Beziehungen zwischen den beiden Regionen und bieten einmalige Gelegenheiten für das Voranbringen von im gemeinsamen Interesse liegenden Themenkomplexen. Nach Ansicht der Kommission sind für das Gipfeltreffen am 12. Mai 2006 in Wien die Themen der Erklärung von Guadalajara – sozialer Zusammenhalt, regionale Integration, Multilateralismus – weiterhin aktuell; sie müssen jedoch noch stärker konkretisiert werden. Die Kommission möchte, dass auf diesem Gipfeltreffen geprüft wird, ob die Fortschritte bei den Verhandlungen über das Assoziationsabkommen mit dem Mercosur es erlauben, diese zum Abschluss zu bringen. Dieses Gipfeltreffen wird außerdem Gelegenheit bieten, anhand der Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Arbeitsgruppe, die die gemeinsame Bewertung vorgenommen hat, eine Bilanz der Fortschritte bei der regionalen Integration innerhalb der Andengemeinschaft und Zentralamerikas zu ziehen und zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die rasche Aufnahme von Verhandlungen über die Assoziations- und Freihandelsabkommen mit diesen beiden Regionen gegeben sind. Außerdem wird die Kommission bei dieser Gelegenheit die Programmplanung für ihre Hilfe und Zusammenarbeit für die Jahre 2007-2013 und das dafür vorgesehene Budget vorstellen. Sie begrüßt die Organisation eines Unternehmensforums und fordert auch die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft auf, zu dem Gipfeltreffen beizutragen. Sie wird globalen Fragen, darunter der Bekämpfung von Drogen, besondere Beachtung schenken.

V. Fazit

Im vergangenen Jahrzehnt haben sich die EU und Lateinamerika dafür eingesetzt, ihre Beziehungen durch eine strategische Partnerschaft zu festigen. Die Kommission legt in dieser Mitteilung eine Reihe von Empfehlungen dar, deren Umsetzung vom Engagement aller beteiligten Akteure abhängen wird. Die Kommission fordert den Rat und das Parlament auf, diese Mitteilung zu prüfen. Ihrer Auffassung nach sollten auch mit den lateinamerikanischen Partnern diesbezügliche Gespräche geführt werden. Die Kommission möchte Denkanstöße liefern und eine Diskussion über die Möglichkeiten für den Ausbau der Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika anregen.

Europäische Kommission

Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2006 — 21 S. — 21 x 29,7 cm

ISBN 92-79-00832-3

VERKAUF UND ABONNEMENTS

Die kostenpflichtigen Veröffentlichungen des Amtes für Veröffentlichungen sind bei unseren Verkaufsstellen in zahlreichen Ländern der Erde erhältlich oder dort zu bestellen. Das Verzeichnis dieser Stellen können Sie erhalten:

- über die Internet-Seite des Amtes für Veröffentlichungen (<http://publications.eu.int/>),
- über die Faxnummer (352) 29 29-42758.



EUROPÄISCHE KOMMISSION
Aussenbeziehungen 

